

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/170

Bonn, den 8. September 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Ein herzliches Dankeschön!</u> Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB Bundesgeschäftsführer der SPD	64
3 - 4	<u>Verkehrsplanung für das Jahr 2000</u> Alle Zusagen Georg Lebers für das Ruhrgebiet eingehalten	69
4	<u>Für immer festgelegt?</u> Zum Wahlkongreß der FDP in Essen	19
5 - 6	<u>Infricde in Ulster</u> Harold Wilson muß die Irische Teilung ausbaden Von Hans Joachim Werbke, London	88
<u>Anhang</u>	<u>Warum gestreikt wird</u>	45

* * *

Ein herzliches Dankeschön!

Von Hans-Jürgen Wischnewski, MdB

Bundesgeschäftsführer der SPD

Ich gebe zu: Eigentlich entspricht es nicht ganz den überkommenen Gepflogenheiten, bereits drei Wochen vor der Wahl den Helfern zu danken die sich im Wahlkampf so hart für den Erfolg einer Partei abgerackert haben. Aber wenn die Wahlhelfer so engagiert sind, wenn der Erfolg ihrer Aktionen bereits so früh erkennbar wird, sollte eine Ausnahme gemacht werden dürfen. Nicht zuletzt, um den begeisterten Einsatz dieser Wahlhelfer in diesen letzten entscheidenden Wochen noch zu stärken.

Deshalb darf ich diesen freiwillig zu uns gestossenen Kampfgesährten an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön aussprechen. Zu danken habe ich:

- * * Den ideenreichen Öffentlichkeitsarbeitern der "Zentralarbeits-
- * * gemeinschaft des Güterverkehrsgewerbes". Sie haben jetzt mit
- * * großen Mitteln und viel Fleiß eine Kampagne eingeleitet, in der
- * * mit Aufklebern an den Rückfronten der Fernlastwagen und anderen
- * * Werbemitteln die Popularität des sozialdemokratischen Bundesver-
- * * kehrsminister Georg L e b e r weiter gesteigert werden soll.
- * * Aufrufe wie "Herr Leber - mit Verboten und Bluff löst man keine
- * * Verkehrsprobleme" werden auf den durch Lastwagenkolonnen ver-
- * * stopften Autobahnen die 12 Millionen PKW-Fahrer nochmals drastisch
- * * auf den Leber-Plan und seine Vorzüge aufmerksam machen.
- * * Dem Wahlkampfleiter und Generalsekretär der CDU, Dr. Bruno H e c k
- * * und seinen kreativen Mitarbeitern, die in den letzten Wochen eine
- * * Reihe prächtiger Zeitungsanzeigen mit Angriffen auf den sozialde-
- * * mokratischen Bundeswirtschaftsminister Professor S c h i l l e r
- * * veröffentlicht haben. Unfragen haben belegt, daß diese Anzeigen
- * * sehr gut ankommen - zugunsten des Bundeswirtschaftsministers. Die
- * * SPD hofft, daß die Mittel der CDU noch für weitere Anti-Schiller-
- * * Anzeigen ausreichen. Nur eine Anregung: Sollte der Bundeswirt-
- * * schaftsminister dabei nicht auch im Bild wiedergegeben werden? Das
- * * würde die Wirksamkeit der Inserate beträchtlich erhöhen.
- * * Den Wahlkämpfern der CDU/CSU, die sich in Erklärungen und Reden

- * * an der Moskau-Reise sozialdemokratischer Spitzenpolitiker reiben.
- * * Auch hier hat eine Analyse ergeben, daß mehr als zwei Drittel der
- * * Bevölkerung direkte Gespräche über das Verhältnis der beiden
- * * Nationen zueinander begrüßen und für sehr wichtig halten. Ich
- * * musste allerdings in den letzten Tagen den Eindruck gewinnen,
- * * daß die CDU/CSU in dieser Frage erheblich zurückhaltender geworden
- * * ist. Vielleicht trägt diese Dankadresse zu einer erneuten Belebung
- * * des Themas bei.

- * * Dem CDU-Schatzminister Kurt S c h m ü c k e r, unter dessen
- * * wirtschaftspolitischer Führung die frühere Bundesregierung unser
- * * Land in die Krise von 1966 schliddern ließ. Sein Wort von der
- * * "gewollten Rezession" hat auch dem letzten Arbeitnehmer klar ge-
- * * macht, was auf uns zukommt, wenn die CDU/CSU erneut für die wirt-
- * * schaftliche Entwicklung und die Sicherheit der Arbeitsplätze in
- * * der Bundesrepublik verantwortlich ist.

Ganz besonderer Dank muß schließlich dem CSU-Vorsitzenden und derzeitigen Bundesfinanzminister Franz Josef S t r a u ß ausgesprochen werden, weil sein Einsatz weit über allgemeine Wahlunterstützung hinausgegangen ist. Als er am 18. August seinen Wahlkampf in einem Oberammergauer Bierzelt offiziell eröffnete, gab er der ideenreiche Politiker eine neue Technik sozialdemokratischer Spontan-Mitgliederwerbung.

Nachdem der bayerische Politiker die Oberammergauer mit seiner kraftvollen und bilderreichen Sprache fasziniert hatte, erklärten mehrere angesehene Oberammergauer Bürger nach Beendigung der erfolgreichen Wahlversammlung beim SPD-Ortsvereinsvorsitzenden ihren Eintritt in die Sozialdemokratische Partei. Da zu hoffen ist, daß Strauß das Manuskript im Laufe des Wahlkampfes nicht wechseln wird, erwarten auch die Sozialdemokraten der übrigen Ortschaften, die in den Genuß Strauß'scher Wahlveranstaltungen kommen, kräftigen Mitgliederzuwachs.

Diese Wahl-Hilfe des Bundesfinanzministers geht natürlich weit über das Maß hinaus, das mit einer Dankadresse abgegolten werden kann. Aber ich wollte zumindest meinen guten Willen zeigen.

Nochmals: Herzlichen Dank!

+ + +

Verkehrsplanung für das Jahr 2000

Alle Zusagen Georg Lebers für das Ruhrgebiet eingehalten

kr- Das Entwicklungsprogramm Ruhr sei keine Hoffnung, sondern Sand in die Augen für den Kumpel Anton. In einer Olympiade der Unverbindlichkeiten habe man lediglich zusammengestellt, was schon seit Jahren konzipiert worden sei. Mit diesen Worten kommentierte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion und Ministerpräsidentkandidat für die Landtagswahl 1970 in Nordrhein-Westfalen, Dr. Lensz, das in einer wahrhaftigen Bravourleistung verkündete "Entwicklungsprogramm Ruhr", in dem praktisch die wichtigsten Leitlinien für die Wiedergesundung des "Industriellen Herzkstücks Deutschlands" festgelegt wurden. Einer der wichtigsten Abschnitte in diesem Programm umfaßt die verkehrlichen Maßnahmen, die - das ist das erklärte Ziel der SPD-PDP-Koalition in NRW - sowohl die Umweltsbedingungen verbessern als auch die Infrastruktur insbesondere für das Ruhrgebiet, aber auch in anderen Teilen des bevölkerungsreichsten Bundeslandes komplettieren sollen.

Bundesminister Leber zu Dank verpflichtet

Nach den Kommentaren und Interpretationen der CDU-Opposition war das "Entwicklungsprogramm Ruhr" mit einer "Wundertüte" zu vergleichen. Jetzt - anlässlich eines Gespräches, das Bundesverkehrsminister **L e b e r** (SPD) mit Ministerpräsident Heinz **K ü h n** (SPD) und den zuständigen Ressortministern in Düsseldorf führte - sprang aus der so deklarierten "Wundertüte" nur noch ein Bumerang wider die Opposition im NRW-Landtag. Denn nicht nur die umfangreichen Verkehrsmaßnahmen, welche von der Regierung Kühn gerade auch zur verkehrspolitischen Sanierung des Ruhrgebiets mutig in Angriff genommen wurden, sind heute wichtige Bestandteile der Gesamtkonzeption des Bundesverkehrsministers, sondern noch weitere - von Leber - für den regionalen und überregionalen Verkehr aus der Taufe gehobenen Projekte ergänzen die Planungen der NRW-Regierung.

Was Bundesminister Leber damals bei der Veröffentlichung des Entwicklungsprogramms Ruhr zugesagt habe, sei eingetroffen, bestätigte jetzt Ministerpräsident Kühn. Die Landesregierung "sieht", so ergänzte NRW-Finanzminister **W e r t z** (SPD), "grünes Licht für eine Vielzahl von Maßnahmen, die schon vor Jahren konzipiert worden seien".

Planungen nach hochgerechnetem Bedarf

1950 umfaßte das westdeutsche Autobahnnetz 2500 Kilometer. 1970 werden es 5300 Kilometer sein. Im Rahmen des nächsten Planungszeitraumes von 1971-85 ist ein Autobahnnetz von 8000 Kilometern vorgesehen und finanziell gesichert. Das hat es in der vierzigjährigen Lebensdauer der Autobahnen noch nicht gegeben. In jedem Bundesland müsse soviel gebaut werden, wie es sich aus dem hochgerechneten Bedarf ergebe, unterstrich der Bundesverkehrsminister in Düsseldorf.

Schwerpunkt der Autobahn-Neubauten wird Nordrhein-Westfalen sein, was auch der Frequenz gerecht wird. Insgesamt will der Bund in diesem

Bundesland bis 1985 für 15 Milliarden DM Schnellstraßen bauen. Von dieser Summe wird das Land NRW etwa 450 Millionen DM tragen.

- * Zu den wichtigsten Maßnahmen gehören der Ausbau der Autobahnen aus dem Ruhrgebiet über Köln nach Frankfurt a. M. Statt einer vierspurigen Autobahn wird es auf dieser vielbefahrenen Strecke 1985 Schnellstraßen mit 16 Fahrbahnen geben.
- * Bereits 1971 erhofft sich der Bundesverkehrsminister eine wesentliche Entlastung für diese Strecke durch die Sauerlandlinie. Zügig hergestellt werden soll der "Emscherschnellweg" (Düsseldorf-Bochum-Dortmund). Die Fertigstellung der B 236 von Düsseldorf nach Wuppertal ist für 1972 vorgesehen.
- * Weitere Schnellbahnen, die mit der Bundesautobahn durchaus auf einer Stufe gestellt werden können, werden besonders im Ruhrgebiet bis etwa 1980 fertiggestellt.
- * Die Übergabe der neuen Autobahn von der holländischen Grenze bis Ludwigshafen ist spätestens 1976 zu erwarten. Klares Ziel des Bundesverkehrsministers: Bis 1985 wird jeder Bundesbürger weniger als 10 Kilometer von der nächsten Autobahn entfernt wohnen.

"Bei der Verkehrsplanung geht es um das Gesicht Deutschlands für das Ende dieses Jahrhunderts," sagte Leber in Düsseldorf. Der Minister vermied dabei jeden Hinweis auf die bevorstehende Wahl. Im Gegenteil! Lächelnd meinte er, er wolle natürlich auch noch "etwas" von dieser gewaltigen Verkehrsplanung seinem Nachfolger überlassen. Leber rechnet nüchtern und weiß, daß er ein solches "Werk" nicht allein schaffen kann. Es ist, wie sich am Beispiel Nordrhein-Westfalens treffend zeigt, die Gemeinschaftsleistung von Bund und Ländern in klarer Vorausschau, was bis zum Jahre 2000 auf uns zukommt!

+ + +

Für immer festgelegt?

Zum Wahlkongreß der FDP in Essen

sp - Die FDP hat auf ihrem Wahlkongreß in Essen im Grunde genommen alles verdonnert, was im Zeichen der Großen Koalition in den letzten zweieinhalb Jahren erwirkt wurde. Leider hat die FDP es versäumt, die Gründe darzulegen, die zur Bildung der Großen Koalition geführt haben. Immerhin stellte die FDP in der vorherigen Bundesregierung den Vizekanzler und den Bundesfinanzminister, Männer also, die mitverantwortlich sind für die Krisenerscheinungen im Herbst 1966. Voreingenommenheit macht eben blind. Viele in Essen erhobenen Vorwürfe treffen nicht zu, wie der, es wären im Vergleich zur Regierung Erhard Mende keine Veränderungen in der Deutschland- und Ostpolitik erfolgt. Der allen sichtbare Tatbestand widerlegt eine solche Behauptung. - Auf keinen Fall will die FDP, so ließ sich einer ihrer Hauptredner in der Essener Grugahalle vernehmen, in eine Bundesregierung eintreten, die in ihrem Katalog als Programmpunkt auch die Erweiterung der paritätischen Mitbestimmung für Großbetriebe außerhalb des Montan-Bereiches enthält. Von dieser Festlegung wird wohl die FDP früher oder später abrücken müssen, wenn sie ihre Anhängerschaft bei der Stange halten will. Die gesellschaftspolitischen Fragen der erweiterten Mitbestimmung sind von der Tagesordnung deutscher Innenpolitik nicht mehr abzusetzen.

+ + +

Unfriede in Ulster

Harold Wilson muß die Irische Teilung ausbaden

Von Hans Joachim Werbke, London

Acht Tote, über 700 Verletzte, Hunderte von Flüchtlingen, Tausende von Obdachlosen, zerstörte Fabriken, Warenhäuser, Kneipen und Wohnheime, Gesamtschaden schätzungsweise zwischen zwei und fünf Millionen Pfund, zwei Kommunalgruppen, die in Angst und Furcht voreinander leben, und eine Regierung, die ihre Vertrauensbasis neu herstellen muß - so stellt sich am Ende des Parademonats August der nordwestlichste Teil des Vereinigten Königreichs dar, Nordirland. Der 12. August ließ das Pulverfaß explodieren. An diesem Tag feiern traditionellerweise die Protestanten in der katholischen Hochburg Londonderry den "Sieg" ihrer Vorfahren über das Jakobinertum. Die Provokation des Paradezugs der "Lehrjungen von Derry" mit ihren Alliierten vom ku-klux-klan-ähnlichen Orange-Orden vermochten die im Bogside-Ghetto zusammengepferchten Katholiken, enttäuscht und erzürnt über die Verzögerungen bei den Bürgerrechtsreformen, nicht mehr zu ertragen. Sie griffen zu Stein und Benzinflasche, die Ulsterpolizei zu Schlagstock und Schutzschild, und tagelang brandete ohne Bodengewinn auf der einen oder anderen Seite ein Straßenkampf, der später auch auf die Hauptstadt Belfast übersprang. Dort kam es zu widerlichen Ausschreitungen und schließlich zum Schußwaffengebrauch. Als die Zerstörungen ein verheerendes Ausmaß angenommen hatten und die Regierung von Chichester-Clark einsehen mußte, daß ihre Polizei nicht mehr Herr der Lage war, kam es zum Einsatz britischer Truppen. Ihr Erscheinen trennte die Kampfahnen. Die sich befehlenden Gruppen blieben hinter ihren Barrikaden und überzeugten sich vorsichtig von der Unparteilichkeit der Soldaten. Die Waffen schwiegen.

So gewann H. Wilson, der britische Premierminister, Zeit, die Befaster den ihnen übergeordneten Willen Westminsters fühlen zu lassen. Er unterstellte dem britischen Kommandierenden General in Nordirland die Gesamtsicherheitsaufgaben, er regte eine Reorganisation der Ulsterpolizei samt Hilfspolizei an und er installierte zwei hohe Whitehall-Beamte in Belfast zwecks Verbesserung der Direktkommunikation zwischen London und Belfast. Daß alle diese Maßnahmen wie eine Unterwerfung der Regierung Chichester-Clark erscheinen mußten, hat sich der nordirische Ministerpräsident selbst zuzuschreiben: er hatte es in der kurzen Zeit seines Regiments seit dem Frühjahr an überparteilichen Bewußtsein fehlen lassen. Jedenfalls fühlte sich der katholische Bevölkerungsteil (ca. 35 Prozent) vernachlässigt und diskriminiert und schöpfte erst Hoffnung, seit die britischen Soldaten mit der Miene der Neutralen für ein Ende der kämpferischen Auseinandersetzungen sorgten und die Londoner Oberverantwortung Geltung bekam.

Ohne einen Blick auf die irische Geschichte läßt sich der "Bruderkampf" nicht begreifen. Die letzten siebenhundert Jahre auf der Grünen Insel sind gekennzeichnet von der Unterdrückung und Knechtung der irischen Urbevölkerung durch englische und schottische Landherren und deren Verdrängung im Zeichen des erwachenden Nationalismus. Seit den Tagen der Reformation traten noch Momente des Religionsbekenntnisses hinzu: die katholischen Iren wurden von Grundbesitz und Stimmrechten ausgeschlossen; die Unterdrücker - "Protestanten" in allen Denominationen von der anglikanischen Kirche von Irland bis zu den Presby-

terianern - behielten ihre Privilegien für sich.

Die jetzigen Geschehnisse gehen ursächlich auf die Begleitumstände der Irischen Teilung zurück. Als die liberale Asquith-Lloyd George-Regierung bei der Durchbringung eines fortschrittlichen Krankenversicherungsgesetzes auf den unnachgiebigen Widerstand der konservativen Lords im Oberhaus stieß, beseitigte sie die entstehende Verfassungskrise durch ein Parlamentsreformgesetz, das die Lords für immer ihrer Macht beraubte. Die Mehrheit dazu erkaufte sie sich mit den Stimmen der 70 irischen Abgeordneten, die dafür die Home Rule - das ist die Selbstregierung - zugesichert bekamen - ausgenommen allerdings die überwiegend protestantische Ulsterprovinz, die der Direktregierung durch London unterstellt bleiben sollte. Aus Rache über die Niederlage im Parlamentsreformgesetz stifteten die Konservativen unter Bonar Law ihre Freunde in Ulster zum bewaffneten Widerstand an. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges verhinderte einen Bürgerkrieg. Er verhinderte aber auch die Home Rule für Irland. So kam es Ostern 1916 zum Aufstand in Dublin. Er schwelte als Bürgerkrieg weiter bis in die zwanziger Jahre. Viele Iren akzeptierten nicht die von Lloyd George nach dem Krieg vorgenommene Teilung. Im Gesetz über die Irland-Regierung 1921 überließ er 26 irischen Grafschaften die Selbständigkeit; nur sechs Ulstergrafschaften schlug er zum Vereinigten Königreich - allerdings wurden sie nicht, wie ursprünglich vorgesehen, von London aus direkt verwaltet, sondern sie regierten sich in Schloß Stormont selbst - ähnlich wie in Deutschland ein Bundesland.

Die Iren haben Lloyd Georges "Diktat" vorübergehend angenommen als Meilenstein auf dem Weg in die Freiheit und in die Republik. Aber sie bewahren die Idee eines Gesamt-Irland. Aus ihr ist ihr kürzliches Vorgehen in der UNO zu verstehen. Als besonders UNOtreue hatten sie sich vom Sicherheitsrat größeres Entgegenkommen ausgerechnet.

Der britische Premierminister hat ihnen aber klar zu verstehen gegeben, daß "die Grenzfrage nicht akut" sei. Auf einer Besuchsreise in Nordirland versuchte sein Innenminister Callaghan jetzt alle Seiten des zerrissenen Landesteils von der Notwendigkeit zu überzeugen, zusammenzukommen und zusammenzustehen. Mit Überwindung der Diskriminierung soll Nordirland dem bürgerrechtlichen Niveau des übrigen Britannien angeglichen werden.

Paradoxerweise hilft das Ulsterproblem und seine behutsame Lösung dem britischen Premierminister H. Wilson, der bisher auf dem glatten Ulster-Parkett keinen Fuß falsch setzte, erfreut sich auch der Unterstützung seitens der Konservativen und erzielt damit, was er für die nächsten Wahlen anstrebt: den nationalen Konsensus.

Warum gestreikt wird

- x - An Rhein und Ruhr, im Stahl und der Kohle, aber auch an der Saar und in verarbeitenden Betrieben haben wir ziemlich unvermutet wilde Streiks. - und manche sagen: "die englische Krankheit." Erschrocken fordert "Die Welt", "in deren Spalten den machtlüsternen Gewerkschaften" gern das Recht bestritten wird, in den Betrieben ein Wort mitzureden, die gleichen Gewerkschaften auf, um die kostbare Tarifautonomie besorgt zu sein und diese Entwicklung im Keime zu ersticken. Nun ruft man jene als Feuerwehr, denen man sonst vorhält, nicht zur Vertretung der Arbeitnehmer legitimiert zu sein, weil sie kaum dreißig von hundert Arbeitnehmern in der Wirtschaft vertreten.

Jetzt geht in manchen Büros die bange Frage um, wer wird sich der aufgebrachten Arbeitnehmer, des Instrumentes der wilden Streiks morgen bedienen? Aber fragt auch jemand warum hier gestreikt wird - warum wild gestreikt wird?

Die Arbeitnehmer haben in den Jahren der Rezession unfreiwillig und zwangsweise Unterricht in Marktwirtschaft genossen, gerade an Ruhr und Saar. Sie erfuhren schmerzhaft, was Angebotspreise waren als sie kurzarbeiteten, wenn sie nicht entlassen wurden, und man ihnen die Zulagen und freiwilligen Sozialleistungen strich. Sie lernten, und lernen noch, ebenso die Bedeutung von Knappheitspreisen kennen, die man ihnen täglich steigend für Wohnung, Kleidung, Nahrung und Verkehr abverlangte, während sie mit ihren Löhnen und Gehältern, den Preisen für ihre Leistungen, für ein Jahr und mehr an tarifliche Abmachungen gebunden bleiben.

Sie wissen, daß Arbeitskräfte knapp sind. Nun fordern sie ihren Knappheitspreis. Sie fordern das Lehrgeld zurück, das sie in der Krise zahlten. Sie fordern es ohne Unterstützung ihrer Gewerkschaft, die nunmehr die Unternehmer gegen die Belegschaften zu Hilfe rufen möchten, weil die Gewerkschaften nach Vertrag und Recht an Friedenspflichten und tariflich fixierte Beträge bis Vertragsablauf gebunden bleiben. Inzwischen hat aber das Tempo der Konjunktur, der Rationalisierung, das Wunder der Produktivität und Kostendegression diese fixierten Löhne und Gehälter längst überrundet. Doch es stinkt zum Himmel: mit den Gewinnen steigen auch noch die Preise.

Wer jetzt die Gewerkschaften als Feuerwehr zu Hilfe ruft - und wir alle wünschen wohl aus vielerlei Gründen, daß die Gewerkschaften als potente Ordnungsfaktoren erhalten und aktionsfähig bleiben. Der darf ihnen nicht die Schläuche aus der Hand schlagen und das Löschwasser vorenthalten. Die Richtdaten der Lohnentwicklung nach der Jahresprojektion sind längst überholt. Dafür hat nicht nur die Konjunktur sondern auch die Haltlosigkeit der Preistreiber - trotz Kostensenkung - gesorgt. Sie haben die englische Krankheit erzeugt, die nun die Gewerkschaften verarzten sollen. Wird man ihnen auch dabei noch als Betriebsfremden den Zugang zu den Werkstoffen versperren halten?